Protokoll der 12. Sitzung des Gemeinderates

am : 09.02.2011
im: Sitzungssaal im Rathaus
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:35 Uhr

Mitglieder des Gemeinderates: 19

Anwesend: 18

Vorsitzender

Herr Reinhart Franke

Gemeinderäte

Herr Peter Arndt
Herr Detlef Arnold
Herr Robert Beck
Frau Dr. Ursula Fesenfeld
Frau Cornelia Fiedler
Herr Matthias Franke
Frau Marion Fröbel
Frau Bettina Grumbach
Herr Daniel Kriesch
Frau Uta Kunze
Herr Fritz Liebschner
Frau Brigitte Lipeck
Herr Günther Mann
Herr Otto Neumann
Herr Falk Quittel
Herr Frank Vetter
Herr Andreas Weidmann

ab TOP 3

Von der Gemeindeverwaltung

Frau Julia Schneider
Frau Katja Haegner
Herr Lutz Heini
Herr Ronald Schindler
Frau Claudia Funk

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Gisela Beckert

Abwesend:

Gemeinderäte

Herr Stephan Eichler

entschuldigt - privat verhindert

Besucher: 7

Nach Eröffnung der Gemeinderatssitzung durch den Bürgermeister wird übereinstimmend festgestellt, dass die Einladungen und Unterlagen den Gemeinderäten ordnungsgemäß zugestellt wurden. Mit anfänglich 17 anwesenden Gemeinderäten ist das Gremium beschlussfähig. Es gibt keine Änderungswünsche zur Tagesordnung.

1. Protokollbestätigung der 11. öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 08.12.2010 und Bekanntgabe der Beschlüsse der 11. nicht öffentlichen Sitzung vom 08.12.2010

Das Protokoll der 11. öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 08.12.2010 wird bestätigt. Nicht öffentliche Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 08.12.2010 gibt es keine bekannt zu geben.

2. Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister Franke berichtet über die gesellschaftlichen Ereignisse der letzten Wochen. Das waren u.a. am

- 15.12.2010 das Weihnachtssingen der Weinböhlaer Grundschüler in der St. Martinskirche,
- 16.12.2010 das Weihnachtssingen der Weinböhlaer Mittelschüler in der Nassauhalle,
- 08.01.2011 das 4. Weinböhlaer Neujahrsfeuer
- 11.01.2011 waren die Sternsinger zu Gast im Rathaus,
- 16.01.2011 das 12. Neujahrstreffen im Zentralgasthof,
- 01.02.2011 die Verkehrsfreigabe der Fußgängerbrücke Wettinstraße,
- 03.02.2011 die Inbetriebnahme der neuen Lichtsignalanlage am Straßenbahnübergang Florian-Geyer-Weg,
- 04.02.2011 Übergabe eines beheizbaren Fliegerhandschuh der US-Armee aus dem 2. Weltkrieg als Leihgabe an das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr in Dresden,
- 09.02.2011 der Tag der offenen Tür an der Mittelschule sowie
- 09.02.2011 die Ausstellungseröffnung der Weinböhlaer Künstlerin Simone Kühne

Im Anschluss gibt Bürgermeister Franke eine Vorschau auf anstehende Ereignisse in der Gemeinde Weinböhla. Das sind u.a. am

- 26.02.2011 der Lehrrebanchnitt im Ratsweinberg,
- 09.03.2011 die Beendigung der Karnevalssaison 2010/2011,
- 26.03.2011 das Jubiläumskonzert „30 Jahre Swing along Weinböhla“ im Zentralgasthof sowie am
- 15.04.2011 die Große Gemeinsame Jungweinprobe Mitteldeutschlands. Die Jungweinprobe steht 2011 unter dem Motte „850 Jahre Weinbau in Sachsen“.

Bürgermeister Franke gibt eine Auswertung des Winterdienstseinsatzes des Bauhofes für den Zeitraum vom Dezember 2010 bis Januar 2011:

Arbeitsleistung	1.400 h	36,- T€
Dieselmotorkraftstoff	1.900 l	2,- T€
Salzverbrauch	67 t	8,- T€
Sand- u. Splittverbrauch	85 t	2,- T€
Kosten gesamt:		48,-T€

3. Beschluss der Haushaltssatzung 2011

Vorlage: 0273/2011

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011 wurde im Verwaltungsausschuss in seiner Sitzung am 24.01.2011 und in der Sitzung des Technischen Ausschusses am 26.01.2011 vorberaten. Der Entwurf der Haushaltssatzung wurde gem. § 76 der SächsGemO an sieben Arbeitstagen vom 17.01.2011 bis einschließlich 25.01.2011 öffentlich im Rathaus ausgelegt. Auf die Auslegung wurde in ortsüblicher Bekanntmachung verwiesen. Einwohner und Abgabepflichtige konnten bis zum Ablauf des siebten Arbeitstages nach dem letzten Tag der Auslegung Einwendungen gegen den Entwurf erheben. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2011 wurden nicht erhoben. Der Gemeinderat hat die vorliegende Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Weinböhla für das Haushaltsjahr 2011 in öffentlicher Sitzung zu beschließen.

Kämmerer Herr Schindler benennt die Festsetzungen der Haushaltssatzung 2011 und erläutert an Hand einer PowerPoint-Präsentation die Eckdaten des Haushalts 2011. In der anschließenden Diskussion wird der Haushaltsentwurf überwiegend positiv beurteilt.

Gemeinderätin Kunze dankt Herrn Schindler und seinen Mitarbeitern für den ausgeglichenen Haushalt 2011. Sie begrüßt, dass die Gemeinde Weinböhla auch 2011 alle Leistungen in den freiwilligen Aufgabenbereichen finanzieren kann.

Gemeinderätin Grumbach gibt zu Protokoll:

„Die Gemeinderäte der Fraktion der BIW Herr Neumann, Frau Fiedler und Frau Grumbach stimmen der Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2011 nicht zu, weil darin im Rahmen des weiteren Ausbaus des Zentralgasthofes die Ausgabe von mehr als 200.000 € für

das Bauvorhaben „Ferienwohnungen“ enthalten ist. Es nicht Aufgabe der Kommune, zur Unterstützung von gastronomischen oder kulturellen Einrichtungen Ferienwohnungen zu schaffen und dafür Steuergelder zu verwenden.

Für diesen Bereich im ZG werden keine Fördermittel fließen. Folglich würde es dafür zu einer 100%igen Eigenfinanzierung kommen.

Die Obergeschosse des Zentralgasthofes sollten, wie bereits vorgesehen, eine gemeinnützige Verwendung finden und andererseits sollten die Voraussetzungen für eventuelle weitere Vermietungen (Büros und dgl.) geschaffen werden, welche keine Folgekosten verursachen.“

Bürgermeister Franke erläutert, dass der Ausbau der zwei Obergeschosse im Hauptgebäude des Zentralgasthofes erfolgen muss, um die Maßnahme abzuschließen. Die dafür geplanten Ausgaben sind im Haushaltsjahr 2011 (650.000 €) veranschlagt. Zur Realisierung der Baumaßnahme ist zudem eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe der im Jahr 2012 geplanten Ausgaben (431.00 €) eingestellt.

Da Fördermittel für dieses Bauvorhaben beantragt werden, sind ein Konzept sowie die Veranschlagung der finanziellen Mittel im Haushalt zwingend erforderlich, da sonst keine gemeindefinanzielle Stellungnahme erteilt werden kann.

Die abschließende Nutzungskonzeption ist erst im Rahmen der Ausführungs- und Genehmigungsplanung vom Gemeinderat zu beschließen.

Alternative Vorschläge für die Nutzung der Räumlichkeiten liegen der Verwaltung nicht vor; werden jedoch gern entgegengenommen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhl beschließt die vorliegende Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Weinböhl für das Haushaltsjahr 2011.

Haushaltssatzung der Gemeinde Weinböhl für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund von § 74 der Gemeindeordnung des Freistaates Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55), berichtigt durch die Bekanntmachung am 25. April 2003 (SächsGVBl. S. 159) hat der Gemeinderat am 09.02.2011 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	den Einnahmen und Ausgaben von je	13.524.800 EUR
	davon:	
	im Verwaltungshaushalt	10.332.800 EUR
	im Vermögenshaushalt	3.192.000 EUR
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen (Kreditermächtigung) von	- EUR

3. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen von 431.000 EUR

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.800.000 EUR

§ 3

Die Hebesätze werden festgesetzt

1.	für die Grundsteuer	
a)	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	250 v.H.
b)	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	380 v.H.
	der Steuermessbeträge;	
2.	für die Gewerbesteuer auf	375 v.H.
	der Steuermessbeträge.	

Die Haushaltssatzung tritt ab 01.01.2011 in Kraft.

Weinböhl, d.

Franke
Bürgermeister

Hinweis:

Nach § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.
Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Ziffern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Abs. 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	3
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	85/12/2011

4. Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes WAW

Vorlage: 0270/2011

Der Entwurf des Wirtschaftsplanes vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 wurde in der Sitzung des Betriebsausschusses vom 29.09.2010 vorgestellt und beraten.

In der Zeit vom 25.10.2010 bis 02.11.2010 wurde der Entwurf des Wirtschaftsplanes öffentlich im Eigenbetrieb WAW ausgelegt. Einwohner und Abgabepflichtige hatten die Möglichkeit bis zum Ablauf des 11.11.2010 Einwendungen gegen den Entwurf des Wirtschaftsplanes zu erheben. Auf die Auslegung und die Frist zur Erhebung von Einwendungen wurde in der Weinböhl Information Nr. 15 vom 21.10.2010 hingewiesen. Von der Möglichkeit der Einsichtnahme hat kein Einwohner oder Abgabepflichtiger Gebrauch gemacht.

Der Wirtschaftsplan ist gemäß § 76 Abs. 2 SächsGemO vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung zu beschließen.

Betriebsleiterin Frau Haegner stellt an Hand einer PowerPoint-Präsentation den Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes WAW vor.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Weinböhl für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 wie folgt:

Beschluss
über die Festsetzung des Wirtschaftsplanes
des Eigenbetriebes „Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Weinböhl“
für den Zeitraum vom 01.01.2011 bis 31.12.2011

Auf Grund von § 15 Abs. 1 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes (SächsEigBG) i.V.m. § 4 Abs. 2 Buchst. e) der Betriebssatzung hat der Gemeinderat am 09.02.2011 den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr vom 01.01.2011 bis 31.12.2011 wie folgt beschlossen:

§ 1 Erfolgsplan, Vermögensplan

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

1. im Erfolgsplan	
Erträge:	2.880.015 €
Aufwendungen:	2.843.814 €
Jahresüberschuss:	36.200 €
2. im Liquiditätsplan	
Mittelzu-/ Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit:	440.706 €
Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit:	-
320.000 €	Mittelzu-/ Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit:
-119.959 €	

§ 2 Kreditermächtigung

Im Wirtschaftsjahr erfolgt eine Kreditaufnahme i.H.v. 320.000 €

§ 3 Kassenkredit

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 568.000 €

Weinböhl, den _____

Franke
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine

Beschlusnummer: **86/12/2011**

5. Gebührenkalkulation Wasserversorgung für den Zeitraum 2011 - 2013

Vorlage: 0271/2011

Bürgermeister Franke weist auf den Antrag der BIW auf Ergänzung der Beschlussvorlage 0271/2011, welche allen Gemeinderäten vorliegt, hin.

Bürgermeister Franke erteilt der Betriebsleiterin Frau Haegner das Wort.

Aufgrund des Jahresergebnisses 2009 erfolgte durch die KBS Kommunalberatung GmbH eine Überrechnung der geltenden Gebührensätze für Trinkwasser.

Nach § 10 Abs. 1 SächsKAG dürfen die Gebühren höchstens so bemessen sein, dass die Gesamtkosten der Einrichtung gedeckt werden. Die gebührenfähigen Aufwendungen der Einrichtung Wasserversorgung für die Jahre 2011 bis 2013 betragen insgesamt 3.129.887,99 €. In diesen Aufwendungen ist insbesondere der zum 01.01.2012 erneut steigende Wassereinkaufspreis (0,94 €/m³) enthalten.

Frau Haegner erläutert, dass die Grundgebühr vor allem zur Fixkostendeckung dienen soll. Hierin ist vor allem auch die Tilgung einschließlich Zinsen von aufgenommenen Darlehen enthalten. Die Trinkwassergebühren wurden seit dem Jahr 2001 nicht mehr angepasst.

Die Aufwendungen können unterschiedlich auf die Grund- und Mengengebühr verteilt werden:

	bisher	neu	Alternative A	Alternative B	Vorschlag BIW
Mengengebühr:	2,03 €/m ³	2,03 €/m ³	1,98 €/m ³	1,99 €/m ³	2,23 €/m ³
Grundgebühr:					
Qn 2,5	4,50 €/M.	7,60 €/M.	8,00 €/M.	7,95 €/M.	6,03 €/M
Qn 6,0	20,00 €/M.	30,40 €/M.	32,00 €/M.	31,80 €/M.	24,12 €/M
Qn 10,0	50,00 €/M.	60,80 €/M.	64,00 €/M.	63,60 €/M.	48,24 €/M
DN 50	150,00 €/M.	152,00 €/M.	160,00 €/M.	159,00 €/M.	120,60 €/M
DN 80*	250,00 €/M.	266,00 €/M.	280,00 €/M.	278,25 €/M.	211,05 €/M
DN 100*	350,00 €/M.	380,00 €/M.	400,00 €/M.	397,50 €/M.	301,50 €/M
DN 150*	500,00 €/M.	532,00 €/M.	560,00 €/M.	556,50 €/M.	422,10 €/M

*DN 80, DN 100 und DN 150 derzeit nicht vorhanden

Die Kalkulationsergebnisse wurden im Betriebsausschuss am 01.12.2010 und 26.01.2011 diskutiert. Die Mehrzahl der Mitglieder sprach sich für Alternative A aus, um der seit Jahren rückläufigen Wasserentnahme entgegenzuwirken und eine möglichst hohe Fixkostendeckung durch die Grundgebühr zu erreichen.

Gemeinderätin Grumbach erläutert den Vorschlag entsprechend dem Antrag der BIW. Demnach sollten die insgesamt 0,20 € Einkaufspreis-Erhöhung direkt auf die Mengengebühr umgelegt werden, wodurch sich ein Verbrauchspreis von 2,23 € bei einer monatlichen Grundgebühr von 6,03 € ergeben würde. Sie unterstreicht, dass Abnehmer, welche wenig Wasser verbrauchen auch geringere Gebühren zahlen sollen. Wer viel Wasser verbraucht, soll auch bezahlen.

Herr Bürgermeister Franke erwidert, dass durch diese Variante Großverbraucher wie z. B. Gewerbetreibende oder Familien stark belastet würden und gibt außerdem zu Bedenken, dass bei weiterem Sparverhalten wieder die Gefahr der Unterdeckung besteht. Er erinnert, dass sich der Gemeinderat für das Gebührenmodell entschieden hat, damit keine Beiträge erhoben werden, was sich auf die Grundgebühr auswirkt.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Gebührenkalkulation Wasserversorgung für den Zeitraum 2011 bis 2013 mit einer Mengengebühr von 1,98 EUR/m³ bei folgenden Grundgebühren:

Zählergröße	Durchfluss Qn in m ³ /h			Nennweite DN in mm			
	2,5	6	10	50	80	100	150
Grundgebühr pro Monat	8,00 €	32,00 €	64,00 €	160,00 €	280,00 €	400,00 €	560,00 €

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
 Anwesende des Gremiums: 18
 Ja-Stimmen: 13
 Nein-Stimmen: 5
 Enthaltung: keine
Beschlusnummer: 87/12/2011

**6. Gebührenkalkulation Abwasserentsorgung für den Zeitraum 2011 - 2013
 Vorlage: 0272/2011**

Aufgrund des Jahresergebnisses 2009 erfolgte durch die KBS Kommunalberatung GmbH eine Überrechnung der geltenden Gebührensätze für Abwasser.

Nach § 10 Abs. 1 SächsKAG dürfen die Gebühren höchstens so bemessen sein, dass die Gesamtkosten der Einrichtung gedeckt werden. Die gebührenfähigen Aufwendungen der Einrichtung Abwasserentsorgung für die Jahre 2011 bis 2013 betragen insgesamt 4.105.476,01 €.

Die Gebührensätze für den zentralen Bereich können beibehalten werden. Alternativ könnte die Mengengebühr abgesenkt und die Grundgebühr angehoben werden:

	bisher	neu	Alternative A
Mengengebühr:	3,04 €/m ³	3,04 €/m ³	2,75 €/m ³
Grundgebühr:			
Qn 2,5	12,78 €/M.	12,78 €/M.	15,13 €/M.
Qn 6,0	51,12 €/M.	51,12 €/M.	60,52 €/M.
Qn 10,0	102,24 €/M.	102,24 €/M.	121,04 €/M.
DN 50	127,80 €/M.	127,80 €/M.	151,30 €/M.
DN 80	255,60 €/M.	255,60 €/M.	302,60 €/M.
DN 100	357,84 €/M.	357,84 €/M.	423,64 €/M.
DN 150	511,20 €/M.	511,20 €/M.	605,20 €/M.

DN 80, DN 100 und DN 150 derzeit nicht vorhanden

Die Gebühren für den dezentralen Bereich können gesenkt werden, da hier in der Vergangenheit Überdeckungen vorlagen. Es ergeben sich folgende Gebührensätze:

Mengengebühr:	bisher	neu
AW aus abflußl. Grube	13,98 €/m ³	12,29 €/m ³
AW aus Kleinkläranlage	50,24 €/m ³	37,90 €/m ³

Die Kalkulationsergebnisse wurden im Betriebsausschuss am 01.12.2010 und 26.01.2011 diskutiert. Der Betriebsausschuss sprach sich einstimmig für die Variante neu aus.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt die vorliegende Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung für den Zeitraum 2011 bis 2013 mit einer Einleitungsgebühr (Kanalanschluss) von 3,04 EUR/m³ bei folgenden Grundgebühren:

Zählergröße	Durchfluss Qn in m ³ /h			Nennweite DN in mm			
	2,5	6	10	50	80	100	150
Grundgebühr pro Monat	12,78 €	51,12€	102,24€	127,80 €	255,60 €	357,84 €	511,20€

Die ermittelte Abwasserentsorgungsgebühr für Abwasser, das aus abflusslosen Gruben entnommen, abgefahren und in einem Klärwerk gereinigt wird, beträgt 12,29 EUR je Kubikmeter Abwasser.

Die ermittelte Abwasserentsorgungsgebühr für Abwasser, das aus Kleinkläranlagen oder Gruben von Trockenklosetts entnommen, abgefahren und in einem Klärwerk gereinigt wird, beträgt 37,90 EUR je Kubikmeter Abwasser.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
 Anwesende des Gremiums: 18
 Ja-Stimmen: 18
 Nein-Stimmen: keine
 Enthaltung: keine
Beschlusnummer: 88/12/2011

7. Änderung der Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Weinböhla

Vorlage: 0274/2011

Im Rahmen der Gebührenkalkulation Wasserversorgung für den Zeitraum 2011 - 2013 wurden folgende kostendeckende Gebühren ermittelt:

Mengengebühr: 1,98 €/m³

Grundgebühr:

Zählergröße	Durchfluss Qn in m ³ /h			Nennweite DN in mm			
	2,5	6	10	50	80	100	150
Grundgebühr pro Monat	8,00 €	32,00 €	64,00 €	160,00€	280,00 €	400,00€	560,00€

Auf vielfachen Wunsch der Abnehmer soll ab dem Jahr 2012 zudem der Vorauszahlungsturnus auf monatlich geändert werden. Derzeit werden die Abschläge aller 2 Monate erhoben.

Die vorgenannten Änderungen wurden in die Wasserversorgungssatzung eingearbeitet. Die Änderungssatzung soll in der Weinböhla Information Nr. 4 vom 03.03.2011 bekannt gemacht werden und zum 01.04.2011 in Kraft treten.

Gemäß § 4 Abs. 2 SächsGemO i.V.m. § 4 Abs. 2 Buchst. c) der Betriebssatzung werden Satzungen vom Gemeinderat beschlossen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt folgende Änderung der Wasserversorgungssatzung:

„1. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung vom 07.02.2007

Auf Grund von § 35 Abs. 1 der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Wasser (AVBWasserV) und § 57 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla am 09.02.2011 folgende Änderung der Wasserversorgungssatzung vom 07.02.2007, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Weinböhla vom 01.03.2007 beschlossen:

Artikel 1

(1) § 44 Abs. 1 erhält folgende neue Fassung:

Die Grundgebühr wird gestaffelt nach der Zählergröße erhoben. Sie beträgt bei Wasserzählern mit einer Nenngröße von:

Zählergröße	Durchfluss Q_n in m^3/h			Nennweite DN in mm			
	2,5	6	10	50	80	100	150
Grundgebühr pro Monat in EUR	8,00	32,00	64,00	160,00	280,00	400,00	560,00

(2) § 45 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Die Verbrauchsgebühr wird nach der gemessenen Wassermenge berechnet. Die Verbrauchsgebühr beträgt pro m^3 1,98 EUR.

(3) § 49 wird wie folgt geändert:

§ 49 Vorauszahlungen

(1) Zum 15. März, 15. Mai, 15. Juli, 15. September und 15. November des Jahres 2011 sind Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Gebührenschuld nach den §§ 44 und 45 zu leisten. Der Vorauszahlung ist ein Sechstel der Gebühr nach Maßgabe des Vorjahres zu Grunde zu legen; Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen. Fehlt eine Vorjahresverbrauchsabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt.

(2) Ab dem Jahr 2012 sind die Vorauszahlungen jeweils zum 15. März, 15. April, 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September, 15. Oktober, 15. November und 15. Dezember eines jeden Jahres auf die voraussichtliche Gebührenschuld nach den §§ 44 und 45 zu leisten. Der jeweiligen Vorauszahlung ist dann ein Zehntel der Gebühr nach Maßgabe des Vorjahres zu Grunde zu legen; Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen. Fehlt eine Vorjahresverbrauchsabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt.

Artikel 2
In-Kraft-Treten

Die Satzungsänderung tritt zum 01.04.2011 in Kraft.

Weinböhla, den 09.02.2011

Franke
Bürgermeister
Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
Anwesende des Gremiums: 18
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 4
Enthaltung: keine
Beschlusnummer: 89/12/2011

8. Änderung der Abwassersatzung der Gemeinde Weinböhla
Vorlage: 0275/2011

Im Rahmen der Gebührenkalkulation Abwasserentsorgung für den Zeitraum 2011 - 2013 wurden folgende kostendeckende Gebühren ermittelt:

1. Zentraler Bereich (Anschluss am Kanalnetz)
Mengegebühr: 3,04 €/m³
Grundgebühr:

Zählergröße	Durchfluss Qn in m ³ /h			Nennweite DN in mm			
	2,5	6	10	50	80	100	150
Grundgebühr pro Monat	12,78 €	51,12 €	102,24 €	127,80€	255,60€	357,84€	511,20 €

Die ermittelten Gebührensätze für den zentralen Bereich entsprechen den in der Satzung festgelegten Gebühren.

2. Dezentraler Bereich

Mengegebühr für AW aus abflussloser Sammelgrube: 12,29 €/m³
Mengegebühr für Fäkalschlamm aus Kleinkläranlagen: 37,90 €/m³

Die ermittelten Gebührensätze liegen unter den in der Satzung festgelegten Gebühren. Die Abwassersatzung ist daher an diese neuen Gebührensätze anzupassen.

Auf vielfachen Wunsch der Abnehmer soll ab dem Jahr 2012 zudem der Vorauszahlungsturnus auf monatlich geändert werden. Derzeit werden die Abschläge aller 2 Monate erhoben.

Die vorgenannten Änderungen wurden in die Abwassersatzung eingearbeitet. Die Änderungssatzung soll in der Weinböhla Information Nr. 4 vom 03.03.2011 bekannt gemacht werden und zum 01.04.2011 in Kraft treten.

Gemäß § 4 Abs. 2 SächsGemO i.V.m. § 4 Abs. 2 Buchst. c) der Betriebssatzung werden Satzungen vom Gemeinderat beschlossen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt folgende Änderung der Abwassersatzung:

„1. Änderungssatzung zur Abwassersatzung vom 07.02.2007

Auf Grund von § 63 Abs. 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) und der §§ 4, 14 und 124 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in Verbindung mit den §§ 2, 9, 17 und 33 des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG) hat der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla am 09.02.2011 folgende Änderung der Abwassersatzung vom 07.02.2007, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Weinböhla vom 15.03.2007 beschlossen:

Artikel 1

(1) § 25 erhält folgende neue Fassung:

§ 25 Höhe der Einleitungs- und Abwasserentsorgungsgebühren

- (1) Die Einleitungsgebühr beträgt für Abwasser, das in öffentliche Kanäle eingeleitet und durch ein Klärwerk gereinigt wird 3,04 EUR je Kubikmeter Abwasser.
- (2) Die Abwasserentsorgungsgebühr beträgt für Abwasser, das aus abflusslosen Gruben entnommen, abgefahren und in einem Klärwerk gereinigt wird 12,29 EUR je Kubikmeter Abwasser.
- (3) Die Abwasserentsorgungsgebühr beträgt für Abwasser, das aus Kleinkläranlagen oder Gruben von Trockenklosetts entnommen, abgefahren und in einem Klärwerk gereinigt wird 37,90 EUR je Kubikmeter Abwasser.

(2) § 28 wird wie folgt geändert:

§ 28 Vorauszahlungen

(1) Zum 15. März, 15. Mai, 15. Juli, 15. September und 15. November des Jahres 2011 sind Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Gebührenschild nach § 25 Absatz 1 und § 26 Absatz 2 zu leisten. Der Vorauszahlung ist ein Sechstel der Gebühr nach Maßgabe des Vorjahres zu Grunde zu legen; Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen. Fehlt eine Vorjahresverbrauchsabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt.

(2) Ab dem Jahr 2012 sind die Vorauszahlungen jeweils zum 15. März, 15. April, 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September, 15. Oktober, 15. November und 15. Dezember eines jeden Jahres auf die voraussichtliche Gebührenschild nach § 25 Absatz 1 und 26 Absatz 2 zu leisten. Der jeweiligen Vorauszahlung ist dann ein Zehntel der Gebühr nach Maßgabe des Vorjahres zu Grunde zu legen; Änderungen der Gebührenhöhe sind dabei zu berücksichtigen. Fehlt eine Vorjahresverbrauchsabrechnung oder bezieht sich diese nicht auf ein volles Kalenderjahr, wird die voraussichtliche Gebühr geschätzt.

Artikel 2 *In-Kraft-Treten*

Die Satzungsänderung tritt zum 01.04.2011 in Kraft.

Weinböhla, den 09.02.2011

Franke
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Abs. 4 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO)

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

5. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
6. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
7. der Bürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
8. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.“

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	90/12/2011

9. Beauftragung der Donat WP mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010
Vorlage: 0252/2010

Gemäß § 17 des Sächsischen Eigenbetriebsgesetzes (SächsEigBG) sind nach Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres innerhalb von vier Monaten ein Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Diese sind gemäß § 17 SächsEigBG i. V. m. § 110 SächsGemO durch einen Abschlussprüfer zu prüfen. Die Gemeinde kann gemäß § 110 Abs. 1 SächsGemO den Wirtschaftsprüfer bestimmen. Der Wirtschaftsprüfer wird durch die Gemeinde bestellt.

Hinsichtlich der Jahresabschlussprüfung zum 31.12.2010 wird vorgeschlagen, diese durch die bereits mit der Prüfung der Jahresabschlüsse 2008 und 2009 beauftragte Donat WP durchführen zu lassen. Die Donat WP ist durch ihre Tätigkeit im Rahmen der Prüfung des vergangenen Jahresabschlusses mit den rechtlichen und vertraglichen Gegebenheiten des Eigenbetriebes WAW vertraut. Eine Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 kann ohne Informationsverlust bzw. Einarbeitungsphase durch die Donat WP beginnen. Das Angebot zur Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 beläuft sich auf 7.378,00 € inkl. Umsatzsteuer. Die Prüfungsleistungen umfassen im Einzelnen die Prüfung des Abschlusses des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2010 – 31.12.2010 und die Prüfung von wirtschaftlich bedeutsamen Sachverhalten i. S. v. § 53 HGrG.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt die Donat WP GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit der Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 gemäß § 110 Abs. 1 und 2 SächsGemO, entsprechend dem vorgelegten Angebot vom 12.11.2010, zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	91/12/2011

10. Verkauf des Flurstückes 26 a, gelegen Hauptstraße in Weinböhla, an die Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla

Vorlage: 0136/2010

Mit Kaufvertrag vom 20.01.2004 erwarb die Gemeinde Weinböhla das Flurstück 26 a, gelegen hinter Hauptstraße 5 in Weinböhla. Dieses Flurstück wurde für die Gestaltung des Außenbereiches des Evangelischen Kinderhauses „Gabenreich“ benötigt. Nach dem Erwerb durch die Gemeinde Weinböhla wurde das Flurstück dem Kinderhaus zur unentgeltlichen Nutzung als Außenfläche zur Verfügung gestellt. Träger des Kinderhauses ist die Ev.-Luth. Kirchgemeinde Weinböhla.

Der Gemeinde Weinböhla liegt eine Anfrage des derzeitigen Nutzers, der Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla, zum Ankauf des Flurstückes 26 a, 668 m², vom 17.02.2010 vor. Der von der Gemeinde Weinböhla beauftragte Sachverständige ermittelte mit Gutachten vom 09.03.2010 für das Flurstück 26 a einen Verkehrswert in Höhe von 10.500,00 EUR. Das Flurstück ist als Arrondierungs-/Erweiterungsfläche zu bewerten. Aufgrund des Zuschnittes und der Lage ist eine eigenständige Nutzung als Bauland nicht möglich. Da sich die Anschaffungskosten inklusive Wertgutachten für das Flurstück 26 a auf ca. 13.000,00 EUR belaufen, wurde der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Weinböhla das Flurstück 26 a mit Schreiben vom 19.03.2010 zum Preis von 13.000,00 EUR zum Kauf angeboten. Von der Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla wurde das Kaufinteresse mit Schreiben vom 01.11.2010 bestätigt.

Es wird vorgeschlagen, das Flurstück 26 a mit einer Fläche von 668 m² zum Preis von 13.000,00 EUR an die Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla zu veräußern.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des Flurstückes 26 a, gelegen hinter Hauptstraße 5, mit einer Fläche von 668 m², an die Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla zum Alleineigentum zum Preis von 13.000,00 EUR. Mit Besitzübergang endet das Pachtverhältnis zwischen der Gemeinde Weinböhla und der Ev.-Luth. St.-Martins-Kirchgemeinde Weinböhla. Der Käufer trägt die Kosten des Kaufvertrages und des Vollzugs sowie die Grunderwerbsteuer.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	92/12/2011

11. Veräußerung einer Teilfläche des Flurstückes 92/2 (Teilstück VII), Rathausstraße 9 in Weinböhla, an Frau Kathrin Arnold (Flächenänderung)

Vorlage: 0277/2011

Das Flurstück 92/2, Rathausstraße 9 in Weinböhla, mit einer Fläche von 1.739 m², befindet sich im Eigentum der Gemeinde Weinböhla. Seit mehreren Jahren wurde versucht, das Flurstück gemeinsam mit dem Flurstück 92/1, Kirchplatz 10, als Gesamtheit zu veräußern, jedoch ohne Erfolg.

In diesem Jahr wurden auf dem Grundstück Kirchplatz 10 / Rathausstraße 9 verschiedene Baulichkeiten abgerissen und aus dem Grundstück 6 Teilstücke gebildet, so dass eine Einzelvermarktung möglich ist. Das Verkaufsangebot für die Teilstücke I, II, III, VI und VII wurde im Amtsblatt der Gemeinde Weinböhla am 20.05.2010 und für das Teilstück V im Amtsblatt der Gemeinde Weinböhla am 21.10.2010 veröffentlicht. Das Teilstück VII wurde aufgrund seiner geänderten Fläche nochmals am 13.01.2011 im Amtsblatt der Gemeinde Weinböhla veröffentlicht.

Der durch die Gemeinde Weinböhla beauftragte Sachverständige ermittelte mit Gutachten vom 31.03.2010 für das Teilstück VII für eine Fläche von ca. 403 m² einen Verkehrswert in Höhe von 16.000,00 EUR. Im Zuge der Vermessung wurde festgestellt, dass die ALK-Daten nicht mit den örtlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Dadurch wurde eine Änderung der Fläche notwendig. Die Fläche beträgt jetzt 484 m². Mit Wertgutachten vom 08.12.2010 wurde durch den beauftragten Sachverständigen für die neue Fläche von 484 m² ein Verkehrswert in Höhe von 19.000,00 EUR ermittelt.

Der Gemeinde Weinböhla liegt ein Kaufangebot vom 25.05.2010, bestätigt mit Schreiben vom 21.09.2010 für das Teilstück VII des Flurstückes 92/2 mit einer Fläche von ca. 403 m² von Frau Kathrin Arnold vor. Mit Schreiben vom 03.01.2011 erklärte Frau Arnold, dass sie das Teilstück

VII auch zum Preis von 19.000,00 EUR erwerben möchte. Frau Arnold beabsichtigt die schrittweise Sanierung des Gebäudes und die Nutzung der Räumlichkeiten als Ergotherapie.

In seiner Sitzung am 08.12.2010 beschloss der Gemeinderat den Verkauf des Teilstückes VII auf dem Flurstück 92/2, gelegen Rathausstraße 9, mit einer Fläche von ca. 403 m² an Frau Kathrin Arnold zum Alleineigentum zum Preis von 16.000,00 EUR. Aufgrund der geänderten Fläche und des damit geänderten Kaufpreises ist ein Neubeschluss notwendig.

Es wird vorgeschlagen, das Teilstück VII auf dem Flurstück 92/2 mit einer Fläche von ca. 484 m² zum Preis von 19.000,00 EUR an Frau Kathrin Arnold zu verkaufen.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat beschließt den Verkauf des Teilstückes VII auf dem Flurstück 92/2, gelegen Rathausstraße 9, mit einer Fläche von ca. 484 m² an Frau Kathrin Arnold zum Alleineigentum zum Preis von 19.000,00 EUR. Der Käufer trägt die Kosten des Kaufvertrages und des Vollzugs, die Grunderwerbsteuer sowie die Vermessungskosten.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums:	19
Anwesende des Gremiums:	18
Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	keine
Enthaltung:	keine
Beschlusnummer:	93/12/2011

12. Beschluss Polizeiverordnung

Vorlage: 0175/2010

Polizeiverordnungen treten entsprechend § 16 SächsPolG spätestens 10 Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten außer Kraft.

Durch das In-Kraft-Treten der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV) liegt die Bearbeitung von Anzeigen über störenden Lärm durch motorbetriebene Geräte und Maschinen im Freien, (Rasenmäher, Kreissägen Kettensägen, Motorhacken usw.), welche außerhalb der dafür zulässigen Zeiten betrieben werden, bei der unteren Verwaltungsbehörde, also für das Gemeindegebiet Weinböhla beim Landratsamt Meißen. Diese 32. BImSchV bestimmt abschließend die Zeiten, in denen motorbetriebene Geräte und Maschinen im Gemeindegebiet benutzt werden dürfen.

Die bisher noch gültige Polizeiverordnung regelt seit In-Kraft-Treten der 32. BImSchV falsch die Ahndung von Verstößen in eigener Zuständigkeit.

Aufgenommen wurde die im § 3 -*Polizeiverordnung der Gemeinde Weinböhla zum Schutz vor bestimmten Verhaltensweisen in oder auf öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen*- vom 28.09.2005 aufgeführten verbotenen Handlungsweisen in den § 14 der zum Beschluss vorliegenden Polizeiverordnung. Die -*Polizeiverordnung der Gemeinde Weinböhla zum Schutz vor bestimmten Verhaltensweisen in oder auf öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen*- kann somit Außer-Kraft-Treten.

Ebenfalls wurde in die Polizeiverordnung (§ 13 Abs. 1) aufgenommen, dass aus Grundstücken in den öffentlichen Verkehrsraum ragende Bäume, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen nicht die Nutzung der Gehwege, Fahrbahnen sowie die Sicht auf Hausnummern, öffentliche Beleuchtung und Hydranten beeinträchtigen dürfen.

Neu aufgenommen wurde auch die Ahndung von Belästigungen durch das Abbrennen von Lagerfeuern.

Beschlussfassung:

Der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla beschließt die Polizeiverordnung.

Gemeindeverwaltung Weinböhla
Landkreis Meißen

Polizeiverordnung

gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung, zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, sowie über das Anbringen von Hausnummern

Aufgrund von § 9 Abs.1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und § 17 des Polizeigesetzes des Freistaates Sachsen (SächsPolG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1999 (SächsGVBl. S. 466), zuletzt geändert durch rechtsbereinigte Fassung mit Stand vom 1. Januar 2009 hat der Gemeinderat der Gemeinde Weinböhla folgende Polizeiverordnung beschlossen:

Abschnitt 1 – Allgemeine Regelungen

§ 1 Geltungsbereich

Diese Polizeiverordnung gilt im gesamten Gebiet der Gemeinde Weinböhla.

§ 2 Begriffsbestimmungen

- (1) Öffentliche Straßen sind alle Straßen, Wege und Plätze, die dem öffentlichen Verkehr gewidmet sind oder auf denen ein tatsächlicher öffentlicher Verkehr stattfindet.
- (2) Öffentliche Anlagen sind allgemein zugängliche, insbesondere gärtnerisch gestaltete Anlagen, die der Erholung der Bevölkerung oder der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes dienen. Zu den öffentlichen Anlagen gehören unter anderem auch Verkehrsgrünanlagen und allgemein zugängliche Spiel- und Sportplätze. Dazu zählen alle Wasserflächen einschließlich ihrer Uferbereiche und Gewässerrandstreifen, welche in der Zuständigkeit der Gemeinde Weinböhla liegen.
- (3) Menschenansammlungen sind alle für jedermann zugänglichen, zielgerichteten Zusammenkünfte von Personen unter freiem Himmel auf öffentlichen Straßen bzw. in öffentlichen Anlagen zum Zwecke des Vergnügens, des Kunstgenusses, des Warenumschlages oder Ähnliches, insbesondere Volksfeste, Straßenfeste, Konzerte und Märkte.
- (4) Die Vorschriften des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge im Freistaat Sachsen bleiben von der Begriffsbestimmung unberührt.

Abschnitt 2 – Umweltschädliches Verhalten

§ 3 Unerlaubtes Plakatieren, Beschriften, Bemalen, Besprühen

- (1) Das Anbringen von Plakaten, Beschriftungen, Bemalungen oder Besprühungen, die weder eine Ankündigung noch eine Anpreisung oder Hinweis auf Gewerbe oder Beruf zum Inhalt haben, ist an Stellen, die von Flächen im Sinne des § 2 oder von Bahnanlagen aus sichtbar sind, verboten. Dieses Verbot gilt nicht für das Plakatieren auf den dafür zugelassenen Plakatträgern (z. B. Plakatsäulen, Werbetafeln, Anschlagtafeln) bzw. für das Beschriften und Bemalen speziell dafür zugelassener Flächen.
- (2) Die Ortspolizeibehörde kann Ausnahmen von dem im Abs. 1 geregelten Verbot zulassen, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und insbesondere eine Verunstaltung des Orts- und Straßenbildes oder eine Gefährdung der Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs nicht zu befürchten ist.
- (3) Die Vorschriften der Sächsischen Bauordnung, der Straßenverkehrsordnung sowie die Rechte Privater an ihrem Eigentum bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 4 Tierhaltung

- (1) Tiere sind so zu halten und zu beaufsichtigen, dass Menschen, Tiere oder Sachen nicht belästigt oder gefährdet werden.
- (2) Der Tierhalter hat dafür Sorge zu tragen, dass sein Tier im öffentlichen Verkehrsraum nicht ohne eine hierfür geeignete Aufsichtsperson frei herumläuft. Im Sinne dieser Vorschrift geeignet ist jede Person, der das Tier, insbesondere auf Zuruf, gehorcht und die zum Führen des Tieres körperlich und psychisch in der Lage ist.
- (3) In entsprechend ausgewiesenen Grün- und Erholungsanlagen sowie in der bebauten Ortslage und bei größeren Menschenansammlungen muss der Hundeführer den Hund an der Leine führen. Zudem müssen Hunde in größeren Menschenansammlungen einen Maulkorb tragen.
- (4) Der Halter von Raubtieren, Gift- oder Riesenschlangen sowie anderen Tieren, die ebenso wie diese durch Körperkraft, Gift oder Verhalten Personen gefährden können, hat der Ortspolizeibehörde diesen Sachverhalt unverzüglich anzuzeigen.
- (5) § 28 der Straßenverkehrsordnung, § 121 des Ordnungswidrigkeitengesetzes sowie die Vorschriften des Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Hunden (GefHundG)

vom 24. August 2000 bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 5 Verunreinigung durch Tiere

- (1) Den Haltern und Führern von Tieren ist es untersagt, die Flächen i. S. v. § 2, die regelmäßig von Menschen genutzt werden, durch Tiere verunreinigen zu lassen.
- (2) Der Tierhalter bzw. -führer hat sein Tier von öffentlichen Kinderspielplätzen fernzuhalten.
- (3) Die entgegen Abs. 1 durch Tiere verursachten Verunreinigungen sind von den jeweiligen Tierführern unverzüglich zu beseitigen.
- (4) Die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 6 Taubenfütterungsverbot

Frei lebende Tauben dürfen im Gemeindegebiet nicht gefüttert werden.

Abschnitt 3 – Schutz vor Lärm

§ 7 Schutz der Nachtruhe

- (1) Die Nachtzeit umfasst die Zeit von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr. In dieser Zeit sind alle Handlungen, die geeignet sind, die Nachtruhe mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu stören, zu unterlassen.
- (2) Die Ortspolizeibehörde kann im Einzelfall Ausnahmen vom Verbot des Abs.1 zulassen, wenn besondere öffentliche Interessen die Durchführung der Arbeiten während der Nacht erfordern. Soweit für die Arbeiten nach sonstigen Vorschriften eine behördliche Erlaubnis erforderlich ist, entscheidet die Erlaubnisbehörde über die Zulassung der Ausnahme.
- (3) Die Vorschriften des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 8 Benutzung von Rundfunkgeräten, Lautsprechern, Musikinstrumenten u. ä.

- (1) Rundfunk- und Fernsehgeräte, Lautsprecher, Tonwiedergabegeräte, Musikinstrumente sowie andere mechanische oder elektroakustische Geräte zur Lauterzeugung dürfen nur so benutzt werden, dass andere nicht unzumutbar belästigt werden.
- (2) Abs. 1 gilt nicht:
 - a) bei Umzügen, Kundgebungen, Märkten und Messen im Freien und bei Veranstaltungen, die einem herkömmlichen Brauch entsprechen,
 - b) für amtliche und amtlich genehmigte Durchsagen.
- (3) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen sowie des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen bleiben unberührt.

§ 9 Lärm aus Veranstaltungsstätten

- (1) Der Veranstalter hat dafür Sorge zu tragen, dass aus Veranstaltungsstätten, Versammlungsräumen oder Gaststätten innerhalb im Zusammenhang bebauter Gebiete oder in der Nähe von Wohngebäuden kein Lärm nach außen dringt, durch den andere unzumutbar belästigt werden. Fenster und Türen sind erforderlichenfalls geschlossen zu halten.
- (2) Das in Abs. 1 geregelte Gebot zur Vermeidung von Lärm gilt auch für Besucher von derartigen Veranstaltungsstätten bzw. Versammlungsräumen.
- (3) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen, des Gaststättengesetzes, der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung zur Ausführung des Gaststättengesetzes, des Versammlungsgesetzes, der Sächsischen Bauordnung sowie des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der dazu ergangenen Verordnungen bleiben unberührt.

§ 10 Benutzung von Sport- und Spielstätten

- (1) Öffentlich zugängliche Sport- und Spielplätze, die weniger als 50 m von der Wohnbebauung entfernt sind, dürfen nur in der Zeit von 07:00 Uhr bis 12:00 Uhr und von 14:00 Uhr bis 22:00 Uhr benutzt werden.
- (2) Abs. 1 gilt nicht für den organisierten oder unter Aufsicht durchgeführten Spiel- und Trainingsbetrieb in Sportstätten, die Nutzung im Rahmen von Sportveranstaltungen bzw. die Nutzung durch Schulen und Kindertageseinrichtungen.
- (3) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen, der Sächsischen Bauordnung sowie des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der dazu erlassenen achtzehnten Verordnung bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 11 Haus- und Gartenarbeiten

(1) Haus- und Gartenarbeiten, welche die Ruhe anderer unzumutbar stören, dürfen nur werktags, montags bis freitags in der Zeit von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr und sonnabends von 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchgeführt werden.

(2) Die Vorschriften der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BImSchV) in der jeweils gültigen Fassung sowie die Bestimmungen des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen bleiben unberührt.

§12 Benutzung von Wertstoffcontainern und sonstigen Abfallbehältern

(1) Das Einwerfen von Wertstoffen in die dafür vorgesehenen Behälter (Wertstoffcontainer) ist an Werktagen in der Zeit von 19:00 Uhr bis 07:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen nicht gestattet.

(2) Es ist untersagt Abfälle, Wertstoffe und andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer zu stellen.

(3) Es ist nicht gestattet, größere Abfallmengen in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten Abfallbehälter einzubringen. Insbesondere das Einbringen von in Haushalten oder Gewerbebetrieben angefallenen Abfällen ist untersagt.

(4) Die Vorschriften des Gesetzes über Sonn- und Feiertage im Freistaat Sachsen, des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen, des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen bleiben unberührt.

Abschnitt 4 – Öffentliche Belange

§ 13 Verhalten auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen

(1) Der Eigentümer und / oder der Verfügungsberechtigte haben dafür Sorge zu tragen, dass durch Bäume, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen nicht die Nutzung der Gehwege und Fahrbahnen sowie die Sicht auf Hausnummern, öffentliche Beleuchtung und Hydranten beeinträchtigt werden.

(2) Es ist untersagt, Wege, Rasenflächen, Anpflanzungen oder sonstige Anlagenteile zu verändern oder zu entfernen.

§ 14 Aggressives Betteln und andere öffentliche Beeinträchtigungen

(1) Auf Flächen im Sinne von § 2 dieser Verordnung ist es untersagt

a) aggressiv zu betteln, aggressives Betteln liegt bei besonders aufdringlichen Betteln vor z.B. wenn der Bettler dem Passanten den Weg zu verstellen versucht und / oder ihn durch Zupfen oder Festhalten an der Kleidung körperlich berührt, ferner wenn der Passant beschimpft wird, weil er nichts geben will,

b) durch aggressives Verhalten, welches durch Alkohol- bzw. Rauschmittelgenuss hervorgerufen ist, z.B. besondere Aufdringlichkeit in Form von wiederholtem Anfassen oder in den Weg stellen, andere mehr als unvermeidbar zu beeinträchtigen,

c) die Notdurft zu verrichten,

d) zu Zelten, Lagern und Nächtigen.

e) Gegenstände außerhalb der dafür zur Verfügung gestellten Behältnisse liegen zu lassen, weg zu werfen oder ab zu lagern.

f) Flaschen oder andere Gegenstände zu zerschlagen.

(2) Die Vorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes, des Sächsischen Wassergesetzes, des Indirekteinleitergesetzes, des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie des Ersten Gesetzes zur Abfall- und Bodenwirtschaft bleiben von dieser Regelung unberührt.

§ 15 Abbrennen offener Feuer

(1) Für das Abbrennen von offenen Feuern ist die Erlaubnis der Ortpolizeibehörde erforderlich. Verbrannt werden darf nur trockenes, unbehandeltes Holz. Die Feuer sind so abzubrennen, dass hierbei keine Gefahren oder Belästigung Dritter durch Funkenflug, Rauch oder Gerüche entsteht. Keiner Erlaubnis bedürfen Koch- und Grillfeuer in befestigten Feuerstätten oder mit handelsüblichen Grillmaterialien (z.B. Grillbrikett) in handelsüblichen Grillgeräten.

(2) Das Abbrennen eines offenen Feuers auf öffentlichen Straßen oder öffentlichen Anlagen ist untersagt.

(3) Das Abbrennen ist zu untersagen oder kann mit Auflagen verbunden werden, wenn Umstände bestehen, die ein gefahrloses Abbrennen nicht ermöglichen. Solche Umstände können z.B. extreme Trockenheit, die unmittelbare Nähe des Waldes, die unmittelbare Nähe eines Lagers mit feuergefährlichen Stoffen usw. sein.

(4) Die Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes, des Ersten Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz, der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über

Entsorgung von pflanzlichen Abfällen, des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen, des Bundesimmissionsschutzgesetzes und der dazu erlassenen Verordnungen sowie der Verordnung der Sächsischen Staatsregierung und des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Verhinderung schädlicher Umwelteinwirkung bei austauscharmen Wetterlagen und des Sächsischen Nachbarschaftsgesetzes werden von dieser Regelung nicht berührt.

Abschnitt 5 – Anbringen von Hausnummern

§ 16 Hausnummern

(1) Die Hauseigentümer haben Ihre Gebäude spätestens an dem Tag, an dem sie bezogen werden, mit der von der Gemeinde festgesetzten Hausnummern in arabischen Ziffern zu versehen.

(2) Die Hausnummern müssen von der Straße aus, in die das Haus einnummeriert ist, gut lesbar sein. Unleserliche Hausnummernschilder sind unverzüglich zu erneuern. Die Hausnummern sind in einer Höhe von nicht mehr als 3 m an der Straße zugekehrten Seite des Gebäudes unmittelbar über oder neben dem Gebäudeeingang oder, wenn sich der Gebäudeeingang nicht an der Straßenseite des Gebäudes befindet, an der dem Grundstückszugang nächstgelegenen Gebäudeecke anzubringen. Bei Gebäuden, die von der Straße zurückliegen, können die Hausnummern am Grundstückszugang angebracht werden. (3) Die Ortpolizeibehörde kann im Einzelfall etwas anderes bestimmen, soweit dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geboten ist.

Abschnitt 6 – Schlussbestimmungen

§ 17 Zulassung von Ausnahmen

Entsteht für den Betroffenen eine unzumutbare Härte, so kann die Ortpolizeibehörde Ausnahmen von den Vorschriften dieser Polizeiverordnung zulassen, sofern keine öffentlichen Interessen entgegenstehen.

§ 18 Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 17 Abs. 1 des Sächsischen Polizeigesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Abs. 1 plakatiert oder nicht dafür zugelassenen Flächen beschriftet, bemalt oder besprüht,
2. entgegen § 4 Abs. 1 Tiere so hält oder beaufsichtigt, dass andere Menschen, Tiere oder Sachen belästigt oder gefährdet werden,
3. entgegen § 4 Abs. 2 nicht dafür sorgt, dass Tiere im öffentlichen Verkehrsraum nicht ohne geeignete Aufsichtsperson frei herumlaufen,
4. entgegen § 4 Abs. 3 nicht dafür sorgt, dass der Hund angeleint ist bzw. einen Maulkorb trägt,
5. entgegen § 4 Abs. 4 das Halten gefährlicher Tiere der Ortpolizeibehörde nicht unverzüglich anzeigt,
6. entgegen § 5 Abs. 2 ein Tier nicht von öffentlich Kinderspielplätzen fernhält,
7. entgegen § 5 Abs. 3 die durch Tiere verursachten Verunreinigungen nicht unverzüglich entfernt,
8. entgegen § 6 Tauben füttert,
9. entgegen § 7 Abs. 1, ohne eine Ausnahmegenehmigung nach § 7 Abs. 2 zu besitzen, die Nachtruhe anderer mehr als unvermeidbar stört,
10. entgegen § 8 Abs. 1 andere unzumutbar belästigt,
11. entgegen § 9 Abs. 1 aus Veranstaltungsstätten, Versammlungsräumen oder Gaststätten Lärm nach außen dringen lässt, durch den andere unzumutbar belästigt werden,
12. entgegen § 10 Abs. 1 Sport- oder Spielstätten benutzt,
13. entgegen § 11 Abs. 1 Haus oder Gartenarbeiten, die die Ruhe anderer unzumutbar stören außerhalb der Zeiten an Werktagen, montags bis freitags von 07.00 Uhr und 19:00 Uhr und sonnabends von 07.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchführt,
14. entgegen § 12 Abs. 1 an Werktagen in der Zeit von 19:00 Uhr bis 07:00 Uhr oder an Sonn- und Feiertagen Werkstoffe in die dafür vorgesehenen Behälter einwirft,
15. entgegen § 12 Abs. 2 Abfälle, Wertstoffe oder andere Gegenstände auf oder neben die Wertstoffcontainer stellt,
16. entgegen § 12 Abs. 3 größere Abfallmengen oder Abfälle, die in Haushalten oder Gewerbebetrieben anfallen, in die zur allgemeinen Benutzung aufgestellten Abfallbehälter einbringt,
17. entgegen § 13 Abs. 1 Bäume, Hecken oder ähnliche Anpflanzungen nicht zurückschneidet,
18. entgegen § 13 Abs. 2 Wege, Rasenflächen, Anpflanzungen oder sonstige Anlagenteile

verändert oder entfernt,

19. entgegen § 14 Abs. 1 aggressiv bettelt, durch Alkohol bzw. Rauschmittelgenuss hervorgerufenes Verhalten andere mehr als unvermeidbar beeinträchtigt, die Notdurft verrichtet, zeltet, lagert oder nächtigt, Gegenstände außerhalb der dafür zur Verfügung gestellten Behältnisse liegen lässt, wegwirft oder ablagert, Flaschen oder andere Gegenstände zerschlägt.

20. entgegen § 15 Abs. 1 ein offenes Feuer ohne Erlaubnis abbrennt und / oder andere Materialien verbrennt, als trockenes unbehandeltes Holz und / oder mit belästigender Rauch- oder Geruchsentwicklung das Feuer abbrennt,

21. entgegen § 15 Abs. 2 ein offenes Feuer abbrennt,

22. entgegen § 16 Abs. 1 als Hauseigentümer die Gebäude nicht mit den festgesetzten Hausnummern versieht,

23. entgegen § 16 Abs. 2 unleserliche Hausnummernschilder nicht unverzüglich erneuert oder nicht entsprechend § 16 Abs. 2 anbringt.

(2) Abs. 1 gilt nicht, soweit eine Ausnahme nach § 17 zugelassen worden ist.

(3) Ordnungswidrigkeiten können nach § 17 Abs. 2 des Sächsischen Polizeigesetzes und § 17 Abs. 1 und 2 des Ordnungswidrigkeitengesetzes mit einer Geldbuße von mindestens 5,00 € und höchstens 1.000,00 € und bei fahrlässigen Zuwiderhandlungen mit höchstens 500,00 € geahndet werden.

§ 19 Inkrafttreten

(1) Diese Polizeiverordnung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die Polizeiverordnung gegen umweltschädliches Verhalten und Lärmbelästigung, zum Schutz vor öffentlicher Beeinträchtigung sowie über das Anbringen von Hausnummern vom 24. Januar 2001 und die Polizeiverordnung der Gemeinde Weinböhla zum Schutz vor bestimmten Verhaltensweisen in oder auf öffentlichen Straßen, Anlagen und Einrichtungen vom 28. September 2005 außer Kraft.

Weinböhla, den 09. Februar 2011

Ortspolizeibehörde

Franke
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19

Anwesende des Gremiums: 18

Ja-Stimmen: 18

Nein-Stimmen: keine

Enthaltung: keine

Beschlusnummer: 94/12/2011

13. Mitgliedschaft in der Stadt-Umland-Region Dresden

Vorlage: 0262/2010

Die Gemeinde Weinböhla befindet sich räumlich in der Region Dresden. Das für die Region Dresden entwickelte Logo sowie die Bezeichnung darf kostenfrei genutzt werden, was auch zur Unterstützung des Gemeindemarketings erfolgt.

Darüber hinaus haben sich die Landeshauptstadt Dresden mit einer Vielzahl umliegender Gemeinden (Arnsdorf, Bannewitz, Dohna, Dürrröhrsdorf-Dittersbach, Freital, Heidenau, Klipphausen, Kreischa, Moritzburg, Ottendorf-Okrilla, Pirna, Radeberg, Radeburg, Wachau, Wilsdruff) zu einem lockeren Verbund zusammengeschlossen. Das Leitbild der Stadt-Umland-Region Dresden und die Geschäftsordnung sind als Anlage beigefügt.

Dieser Zusammenschluss kann zu einem besseren Abschneiden im kommunalen Ranking vor allem in den Bereichen Tourismus und Wirtschaftsförderung führen. Insbesondere stellt er auch ein Gegengewicht zu den großen Kreisstädten der Umgebung dar, die ihre eigenen Strategien vertreten. Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und Verbesserungen im Tourismus sind nur in Zusammenarbeit mit der Region möglich. Weinböhla profitiert von der Nähe zur Landeshauptstadt.

Dieser Zusammenschluss stellt eine sehr unbürokratische, informelle Kooperationsform dar. Ein Austritt ist jederzeit ohne finanzielle Risiken möglich. Die Kosten belaufen sich auf ca. 410 EUR jährlich.

Abstimmungsergebnis:

Mitglieder des Gremiums: 19
Anwesende des Gremiums: 18
Ja-Stimmen: 17
Nein-Stimmen: keine
Enthaltung: 1
Beschlusnummer: 96/12/2011

15. Anfragen und Information

Bürgermeister Franke informiert über die im Dezember 2010 getroffene Eilentscheidungen zu überplanmäßigen Ausgaben in folgenden Haushaltsstellen:

HHStelle 1.6750.57800 in Höhe von 2.800 € Streugut für den Winterdienst
HHStelle 1.7710.550000 in Höhe von 4.360 € Haltung von Fahrzeugen

Gemeinderat Arndt fragt nach dem Bearbeitungsstand einer Bürgeranfrage bezüglich der Straßenbeleuchtung auf der Köhlerstraße. Diese ist bereits beantwortet.
Des Weiteren regt er an, dass Bürger ihre Zählerstände per Internet zukünftig melden können.

Auf Grund nicht zu beratender Tagesordnungspunkte der anschließenden nicht öffentlichen Sitzung findet diese nicht statt.

Franke
Bürgermeister

Gemeinderat

Funk
Protokollabfassung

Gemeinderat